



Deutsche Bank

Altersvorsorge-Report 2025

So blicken die Deutschen auf die Rente: Ergebnisse einer bevölkerungs-repräsentativen Befragung im August/September 2025

Institut: Civey

Frankfurt am Main, 04. November 2025

In Kooperation mit:

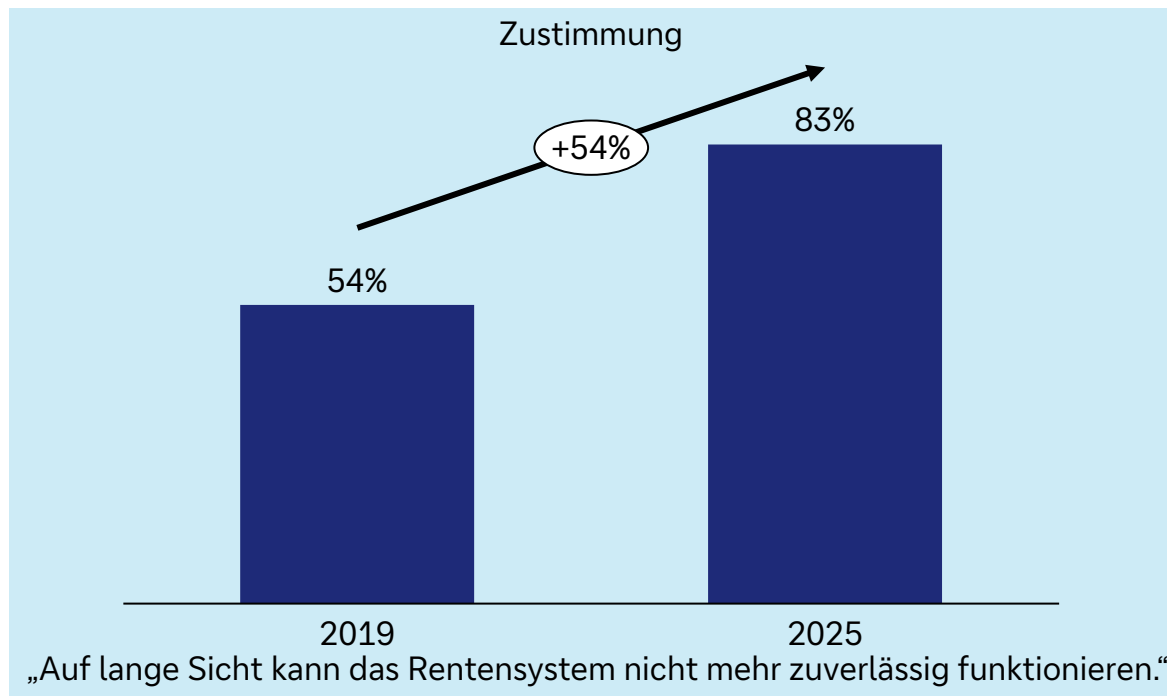


Massiver Vertrauensverlust: Die Rente gilt als nicht mehr auskömmlich

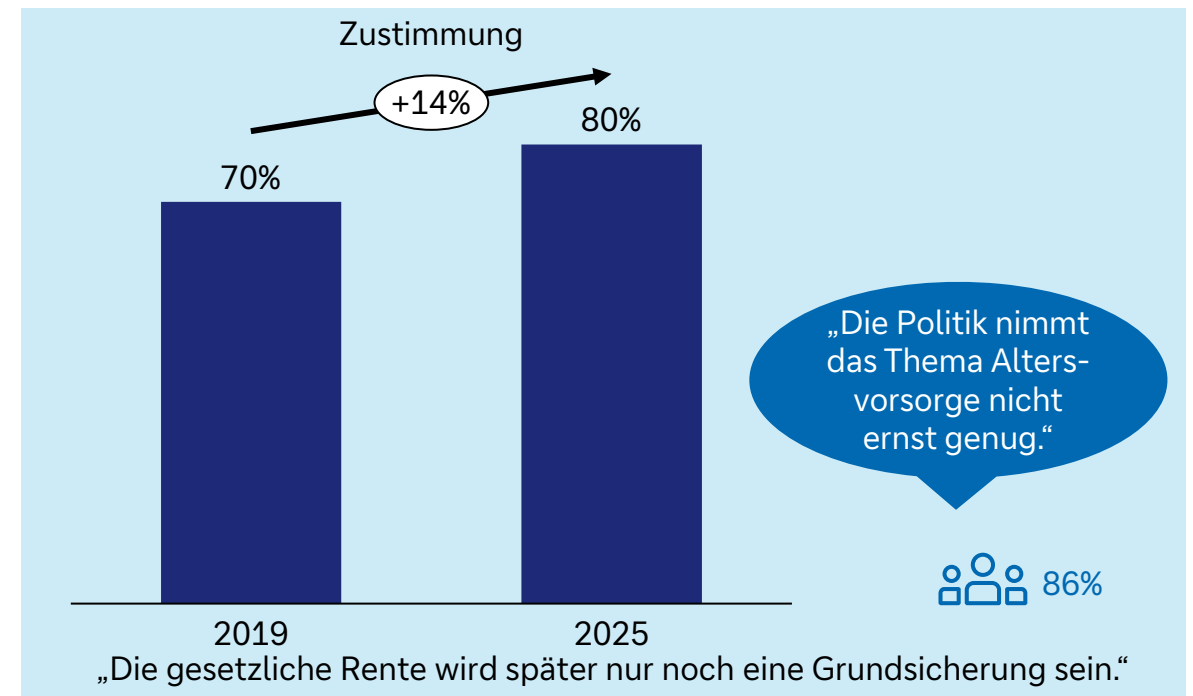


83 Prozent der Befragten glauben, dass das Rentensystem auf lange Sicht nicht mehr zuverlässig funktioniert. 2019 teilten nur 54 Prozent diese Ansicht. Gleichzeitig sind 80 Prozent überzeugt, dass die gesetzliche Rente zukünftig nur noch eine Grundabsicherung sein wird (2019: 70 Prozent). Die Erwartungen an die Politik steigen: 86 Prozent finden, dass sie das Thema Altersvorsorge bisher nicht ernst genug angeht.

Misstrauen gegenüber gesetzlicher Rente



Rente als Grundabsicherung

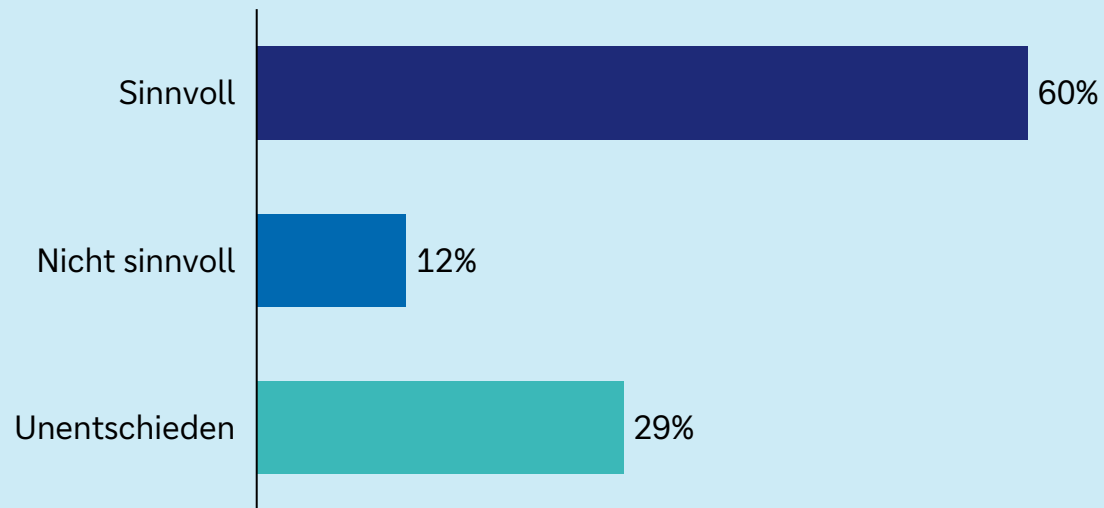


Große Zustimmung: Neue Ideen wie die Frühstart-Rente kommen gut an



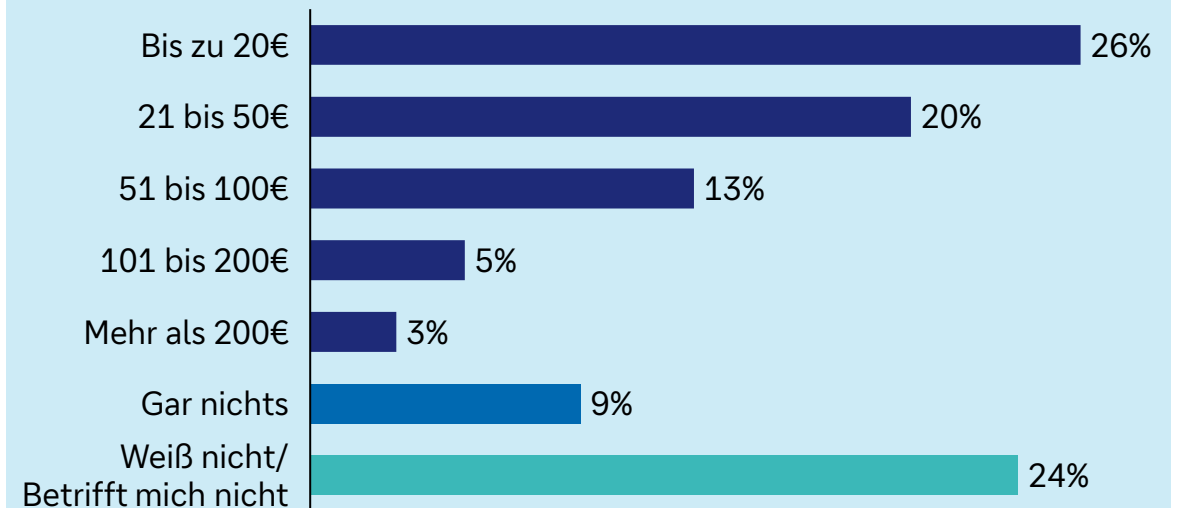
Konkrete politische Initiativen stoßen auf positive Resonanz: 60 Prozent der Befragten begrüßen die geplante Frühstart-Rente als neuen Baustein für die Altersvorsorge der jungen Generation. Eine große Mehrheit von 67 Prozent der Befragten geben an, dass sie bei einer solchen Regelung die staatlichen Zuschüsse (im Gespräch sind 10 Euro monatlich) durch private Zuzahlungen aufstocken wollen. Noch offener dafür sind Haushalte mit Kindern: Bei Familien mit einem Kind wollen 84 Prozent der Befragten privat zuzahlen, bei zwei Kindern sind es sogar 89 Prozent.

Meinung zum Thema Frühstart-Rente



Wie bewerten Sie den Vorschlag der Frühstarterrente?

Bereitschaft private Zuzahlung



Stellen Sie sich vor, der Staat zahlt monatlich 10 Euro für ein Altersvorsorgeprodukt pro Kind von Geburt an. Wie viel könnten Sie in diesem Szenario zusätzlich pro Kind monatlich investieren?

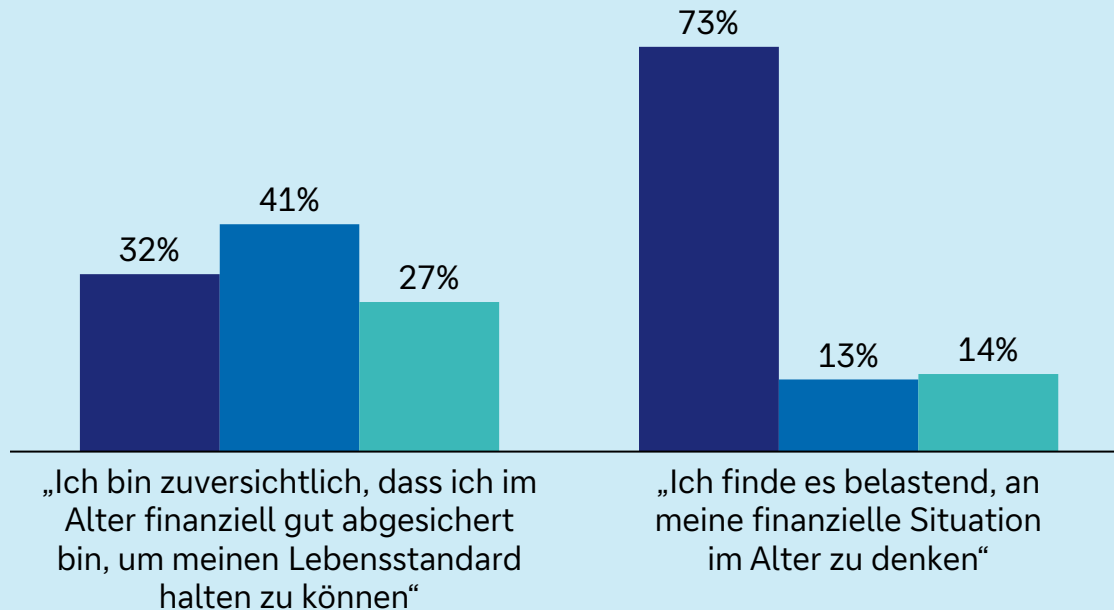
Angst vor Altersarmut: Mehrheit für eine private Vorsorgepflicht



Nur knapp ein Drittel (32 Prozent) fühlt sich finanziell so gut abgesichert, dass sie den Lebensstandard im Alter halten können. Für 73 Prozent ist der Gedanke an die eigene finanzielle Situation im Alter eine Belastung. Mehr als jeder Zweite (54 Prozent) gibt an: „Das Thema Altersvorsorge macht mir Angst“. Das Bewusstsein für Eigenverantwortung ist jedoch hoch: 58 Prozent der Befragten befürworten grundsätzlich eine verpflichtende private Altersvorsorge.

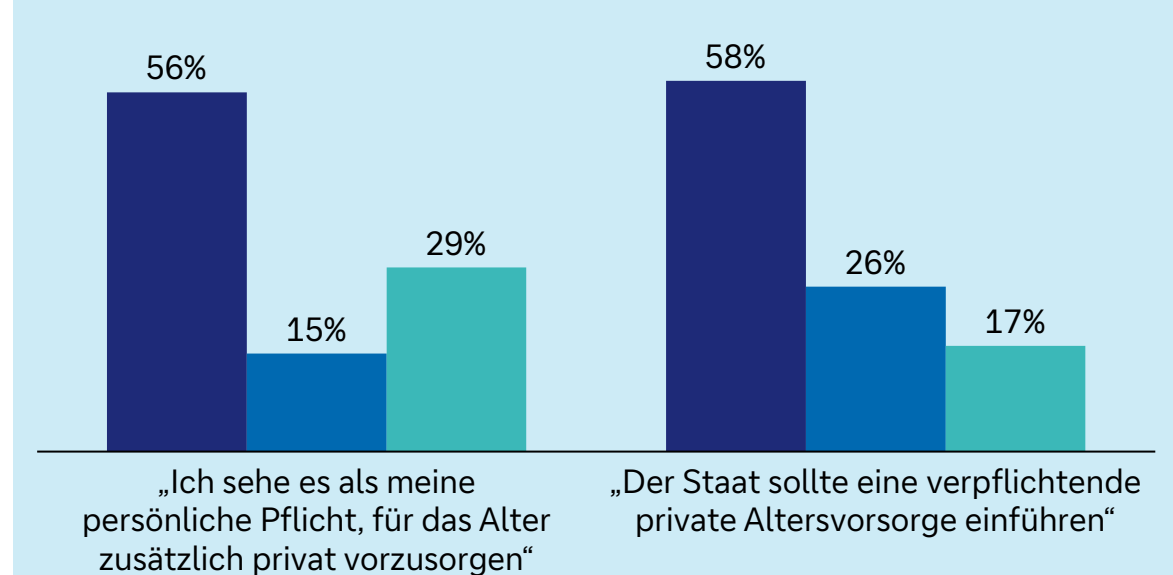
Sorgen bezüglich privater Altersvorsorge

■ Ja ■ Nein ■ Unentschieden



Einstellung gegenüber privater Vorsorge

■ Ja ■ Nein ■ Unentschieden

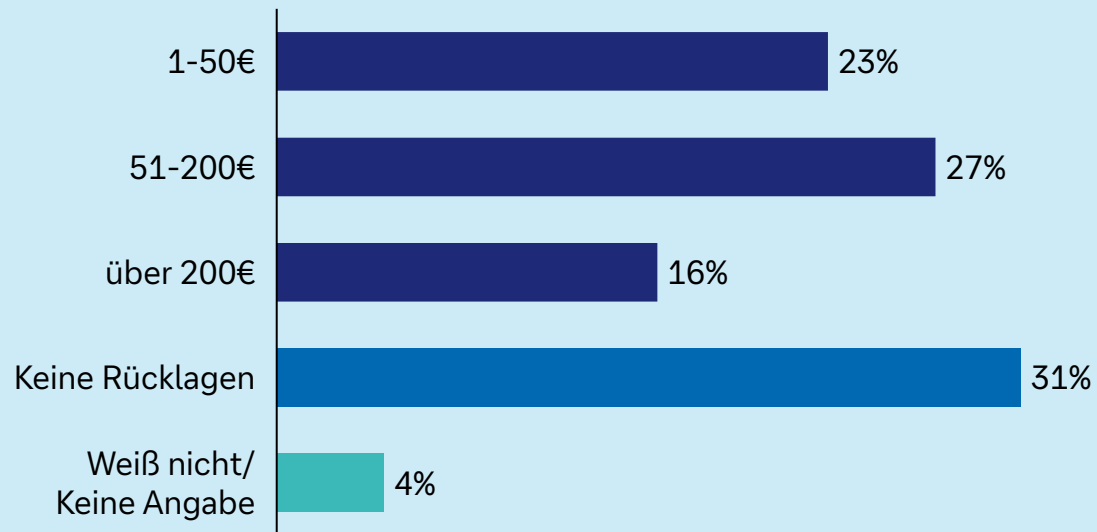


Wunsch und Wirklichkeit: Jeder Zweite spart kaum fürs Alter



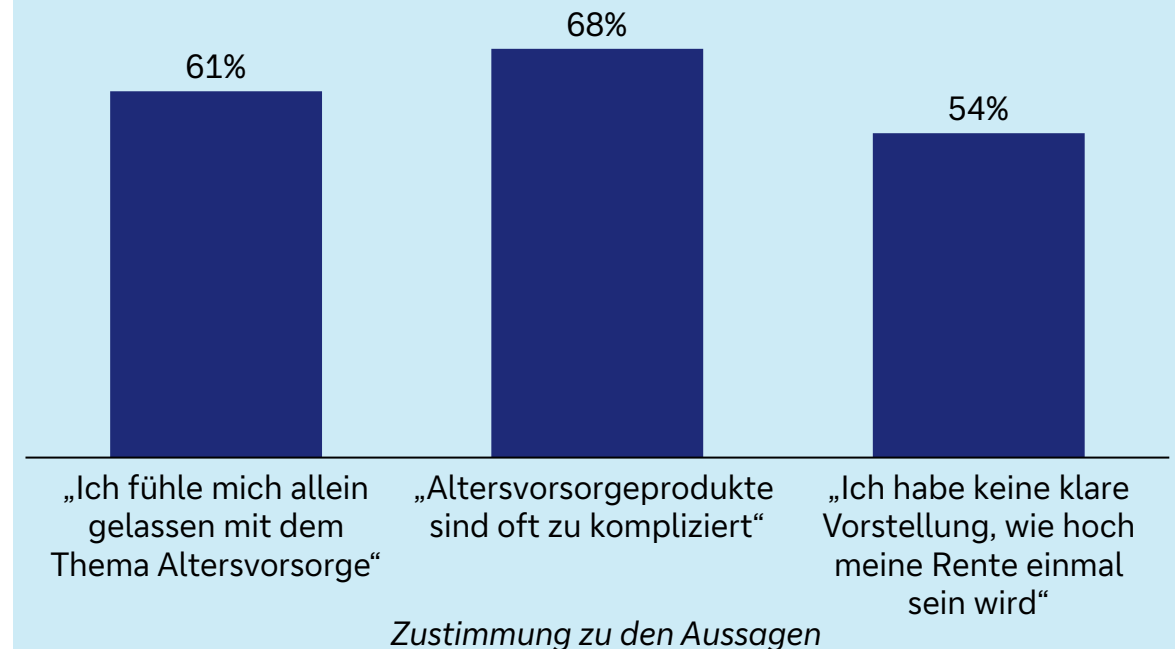
Obwohl die Notwendigkeit erkannt wird, spart fast jeder Dritte (31 Prozent) gar nicht für den Ruhestand. Weitere 23 Prozent legen monatlich maximal 50 Euro zurück. Das bedeutet: Praktisch die Hälfte der Bürger sorgt kaum oder gar nicht privat vor. Gründe dafür sind nicht nur fehlende finanzielle Mittel, sondern auch ein Mangel an Informationen über geeignete Anlageformen und die eigene Vorsorgelücke. 54 Prozent haben keine klare Vorstellung von ihrer späteren Rente.

Monatliche Rücklagen



Wie viel Geld legen Sie monatlich für die private Altersvorsorge an?

Wissensstand beim Thema Altersvorsorge



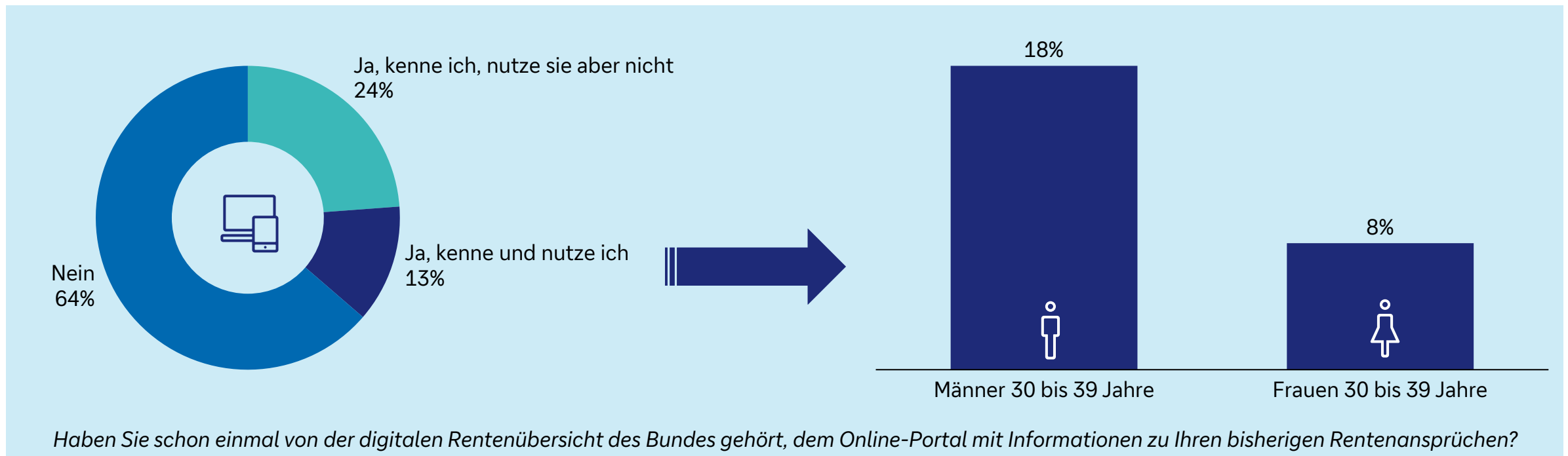
Zustimmung zu den Aussagen

Kaum bekannt und ungenutzt: Die Digitale Rentenübersicht



Seit Anfang 2024 gibt es die Digitale Rentenübersicht der Deutschen Rentenversicherung, die alle Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge bündelt. Doch nur 37 Prozent der Befragten kennen dieses Angebot und lediglich 13 Prozent nutzen es. Während etwa jeder fünfte Mann zwischen 30 und 39 Jahren das Angebot nutzt, trifft dies bei Frauen im selben Alter nicht einmal auf jede zehnte Bürgerin zu.

Wissensstand Digitale Rentenübersicht



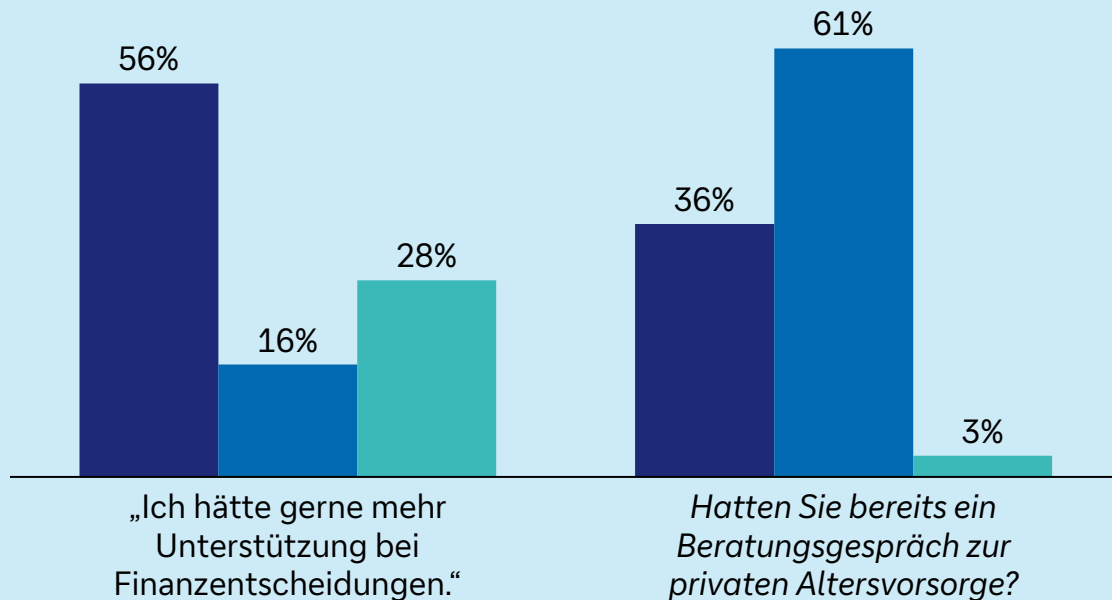
Mehr Experten-Rat: Viele wünschen sich Beratung, nutzen sie aber nicht



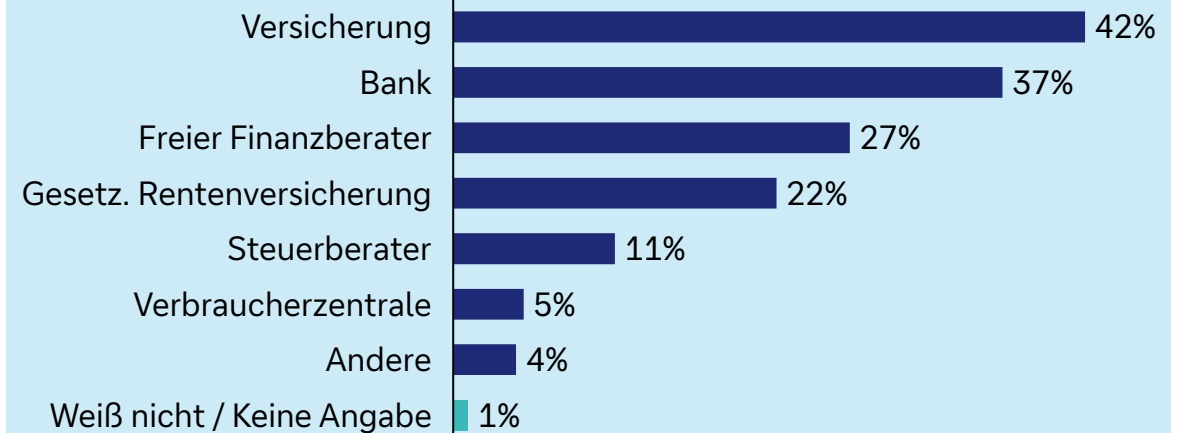
Obwohl sich 56 Prozent mehr Hilfe bei Finanzentscheidungen wünschen, haben 61 Prozent der Befragten noch nie eine persönliche Altersvorsorge-Beratung in Anspruch genommen. Dabei zeigt dieser Schritt oft Wirkung: 59 Prozent derer, die sich beraten lassen, schließen danach auch ein Vorsorgeprodukt ab.

Informationsstand

■ Ja ■ Nein ■ Unentschieden



Beratungsgespräche



Mit wem hatten Sie bereits ein Beratungsgespräch zur privaten Altersvorsorge?



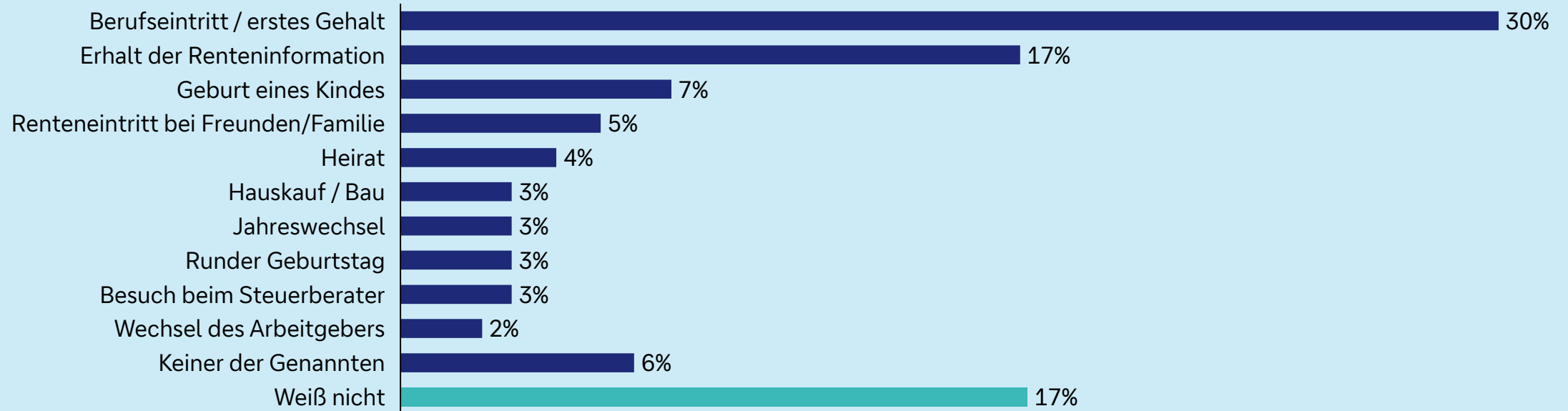
Abschlussrate: 59%

Beschäftigung mit dem Thema Altersvorsorge: Häufig sind es konkrete Anlässe



Häufig bilden konkrete Ereignisse den Grund für die Beschäftigung mit dem Thema Altersvorsorge. Dabei sind es vor allem der Berufseintritt bzw. das erste Gehalt (30 Prozent), die erste Renteninformation im Briefkasten (17 Prozent) oder die Geburt des ersten Kindes (7 Prozent).

Anlässe, um sich mit privater Altersvorsorge zu befassen



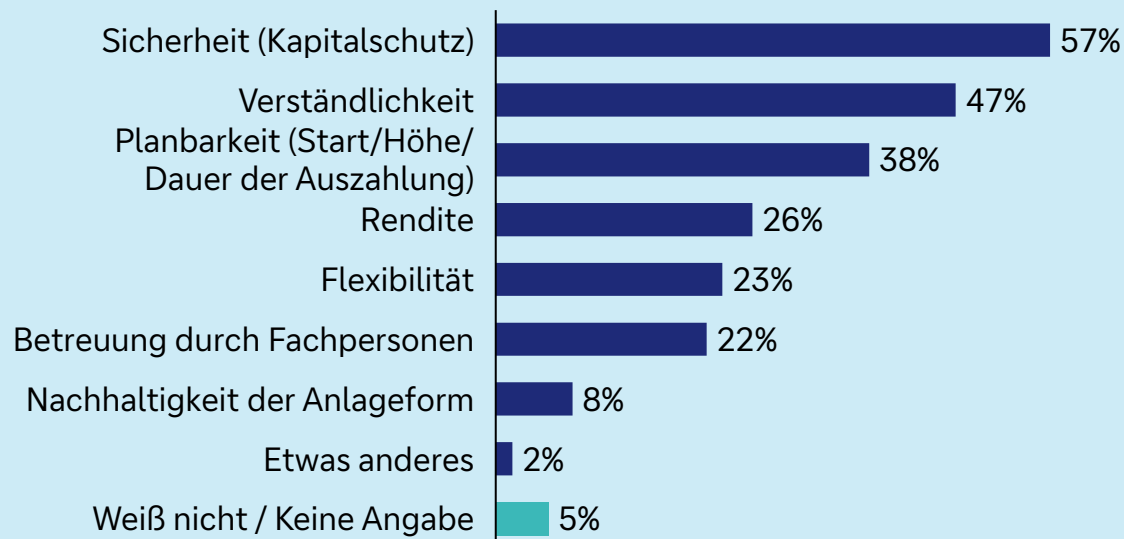
Welcher dieser Anlässe wäre Ihrer Meinung nach der beste Zeitpunkt, um sich mit Altersvorsorge zu beschäftigen?

Widerstreitende Motive beim Anlegen: Mehr Rendite gewünscht, konservative Produkte bevorzugt



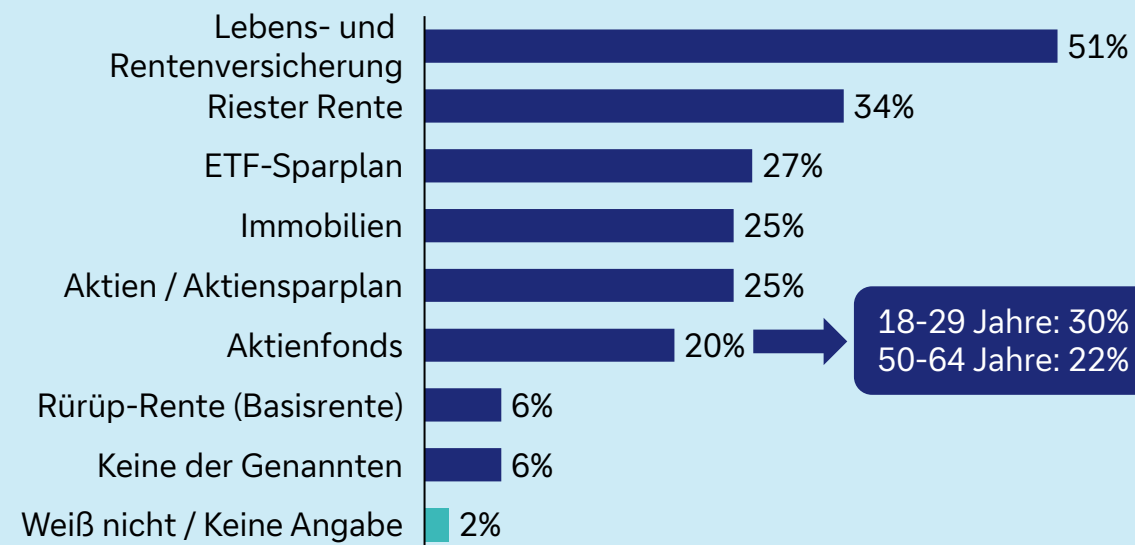
Für die meisten Sparer (57 Prozent) ist Sicherheit das wichtigste Kriterium bei der Produktauswahl, während Rendite nur für 26 Prozent entscheidend ist. Entsprechend dominieren konservative Anlagen wie Lebensversicherungen (51 Prozent) und Riester-Verträge (34 Prozent). Obwohl 62 Prozent der Befragten bereit wären, für mehr Rendite auch mehr Risiko einzugehen, rangieren ETF-Sparpläne (27 Prozent) noch dahinter. Lediglich bei Jüngeren zeichnet sich ein Trend zu Aktien und Fonds ab.

Wichtigkeit bei Altersvorsorgeprodukten



Was ist Ihnen bei einem Produkt zur privaten Altersvorsorge besonders wichtig?

Aktuelle Produktnutzung



Welche dieser Formen privater Altersvorsorge nutzen Sie aktuell?

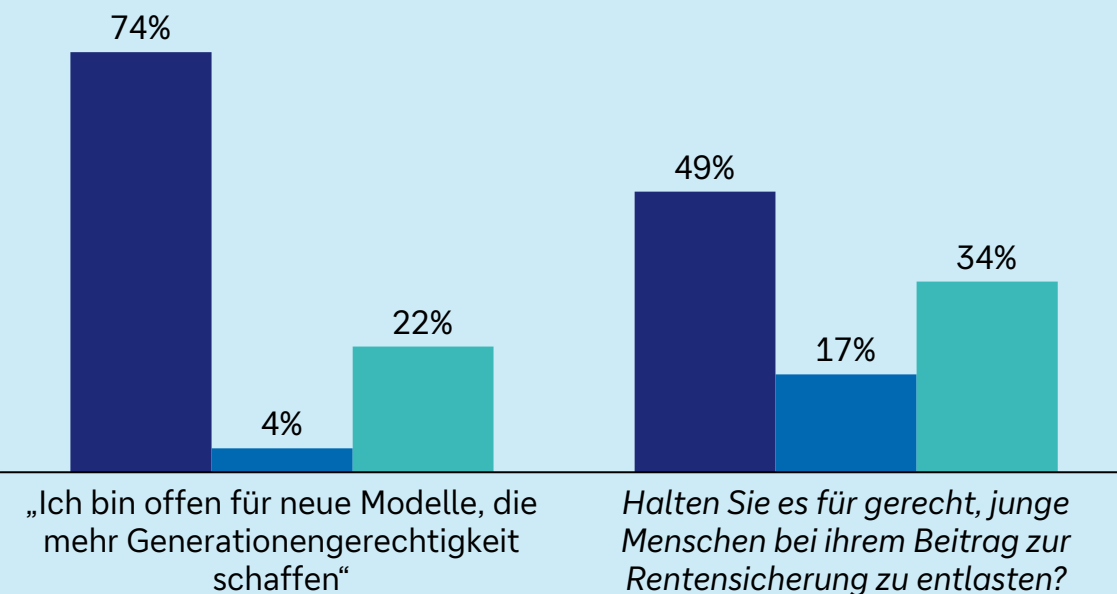
Faires System: Ruf nach mehr Generationengerechtigkeit



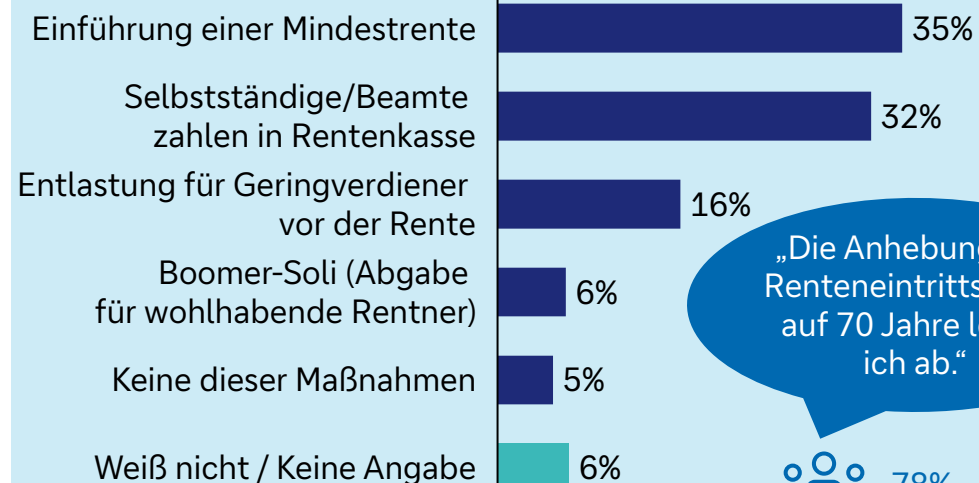
Eine große Mehrheit (74 Prozent) wünscht sich mehr Fairness zwischen den Generationen. Reformvorschläge wie das Einbeziehen von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rente (32 Prozent) oder eine Mindestrente (35 Prozent) finden Zuspruch, allerdings jeweils nur von einer Minderheit der Befragten. Ein höheres Renteneintrittsalter von 70 Jahren lehnen 78 Prozent klar ab.

Offenheit gegenüber mehr Generationengerechtigkeit

■ Ja ■ Nein ■ Unentschieden



Möglichkeiten zur Minimierung von Altersarmut



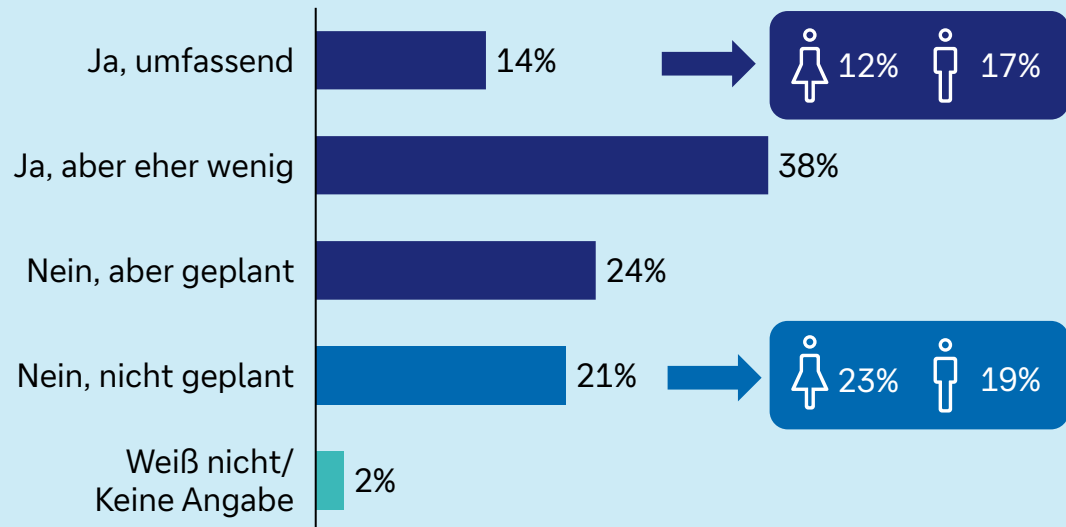
Welchen dieser Vorschläge halten Sie persönlich für am sinnvollsten, um Altersarmut zu verringern?

Frauen im Nachteil: Die Rentenlücke zwischen den Geschlechtern



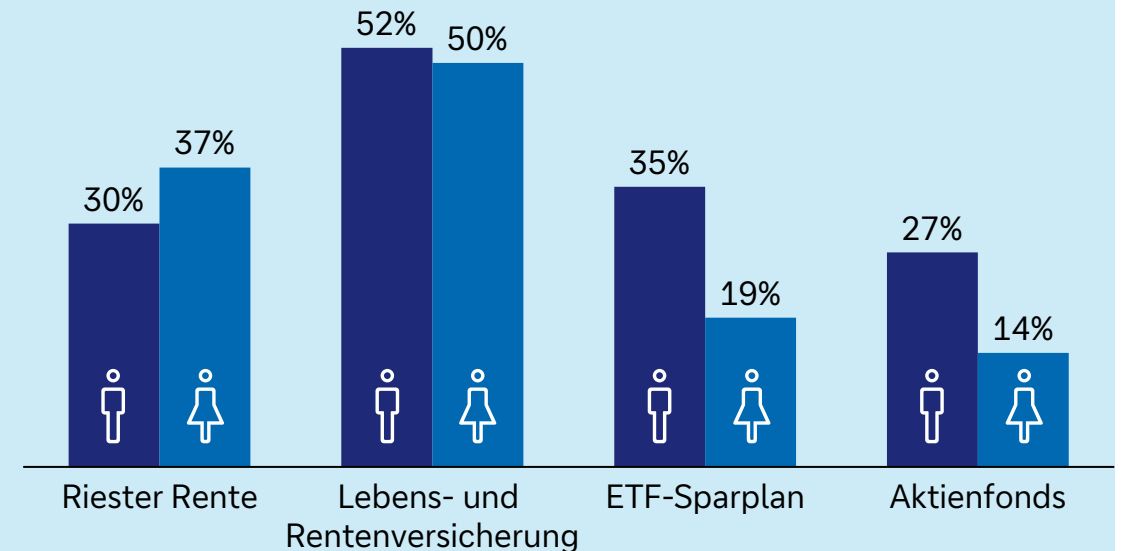
Weil Frauen öfter in Teilzeit arbeiten oder für die Familie beruflich pausieren, erhalten sie im Schnitt deutlich geringere Renten als Männer (1.394 Euro vs. 1.809 Euro, Quelle: DRV, Stand Ende 2023). Diese Lücke setzt sich bei der privaten Vorsorge fort: 23 Prozent der Frauen sorgen gar nicht privat vor und planen dies auch nicht (Männer: 19 Prozent). Zudem wählen Frauen eher konservative Anlageprodukte. Nur 19 Prozent der Frauen nutzen ETFs, während es bei den Männern 35 Prozent sind.

Gender Pension Gap



Haben Sie bereits privat finanziell für das Alter vorgesorgt?

Produktnutzung Frauen und Männer



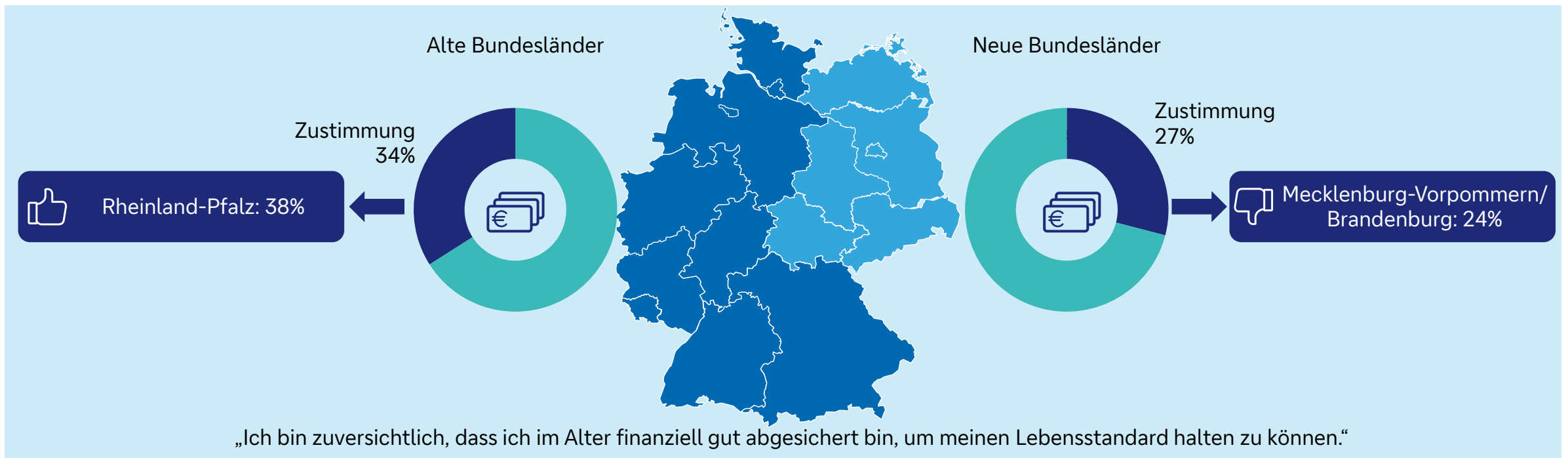
Welche dieser Formen privater Altersvorsorge nutzen Sie aktuell?

Regionale Unterschiede: Rheinland-Pfälzer am optimistischsten



Im Bundesländervergleich blicken die Menschen in Rheinland-Pfalz am zuversichtlichsten in ihre finanzielle Zukunft im Alter (38 Prozent). Am skeptischsten sind die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (jeweils 24 Prozent). Generell zeigen sich die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung pessimistischer als im Westen.

Zuversicht nach Bundesländern





Im Auftrag der Deutschen Bank hat das Meinungsforschungsinstitut Civey vom 25. August bis 5. September 2025 insgesamt 3.200 Bürger im Alter von 18 bis 65 Jahren befragt.

Um eine realistische Abbildung der Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Ergebnisse nach grundlegenden soziodemografischen Merkmalen quotiert und gewichtet. In jedem der 16 Bundesländer wurden jeweils 200 Interviews geführt, so dass auch regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern analysiert werden können.